

Landnahme im “Kleinen” wie im “Großen”

Mit der Furcht fängt die Sklaverei an,
aber auch mit Zutrauen
und Sorglosigkeit.

Johann Gottfried Seume

Die Auserwählten erfüllen ihre Pflicht ihrem „Gott“ Jahweh gegenüber und zu ihrem eigenen Nutzen. Sie sollen „die Völker fressen“, spricht der HErr (5. Mose, 7/16) und – wie Isaak seinem zweitgeborenen, dem betrügerischen Sohn „Jakob“ verheißen hat (1.Mose 27, 28-29):

28 Gott gebe dir vom Tau des Himmels und vom Fett der Erde und Korn und Wein die Fülle.

29 Völker sollen dir dienen, und Stämme sollen dir zu Füßen fallen. Sei ein Herr über deine Brüder, und deiner Mutter Söhne sollen dir zu Füßen fallen. Verflucht sei, wer dir flucht; gesegnet sei, wer dich segnet!

Das ist heute erreicht.

Heute kann „Jakob“ sich leisten, wie im Großen so im Kleinen und diesmal mit Ansage unverhüllt auf großer Bühne vor aller Augen seine „Pflicht“ zu tun: Er mordet das Volk der Palästinenser, in deren Land er sich einst dreist niederließ, ohne bei den Altein-gesessenen anzuklopfen und um Einlaß zu bitten. Nein, das hat man als Auserwählte des HErrn nicht nötig. Die Welt gehört ihnen, punktum.

Hatten eigentlich die Angehörigen der Welt-Geldelite und ihrer überstaatlichen Trabanten in der Schweiz um Einlaß gebeten, als sie Davos für sich verein-nahmten und während ihrer Zusammenkünfte die Einheimischen an die Wand drückten?

„Davos“ – ein Sperrgebiet der Auserwählten und ihrer auserwählten Politiker! Die Einheimischen kochen vor Wut.



Orthodoxe Auserwählte (Bild: badische-zeitung.de)

Zwei kleine bezeichnende Sinnbilder für die Landnahme im Großen, von einer Schweizerin wiedergegeben, die es in Davos selber mitangesehen hat:

1. Eine alte herzleidende Schweizerin sollte sich dringend irgendwo hinsetzen und ausruhen, um neue Kräfte zu sammeln. Doch sämtliche Bänke sind besetzt von den löckchen- und schwarze-Hüte-tragenden Orthodoxen mit ihren Frauen und zahlreichen Kindern, die nur sich, aber nicht Andere sehen.

Eine gütige Krankenschwester bittet die Kinder, doch für die alte Dame ihre Plätze freizugeben. Sie springen auf, nicht von sich aus, aber immerhin. Die Eltern blicken

finster. Ärgern sie sich über ihre Kinder, die ihre Rolle als Auserwählte noch nicht richtig verinnerlicht haben, oder darüber, daß sie einer Goi Platz gemacht haben und nun neben der sitzen müssen?

2. Eine Schlange von geduldigen Gojim hat sich vor einem Kiosk gebildet. Da kommen Löckchen tragen-de Orthodoxe mit schwarzen Hüten, gehen an der Schlange vorbei an die Verkaufsstelle und kaufen ein. Hinter ihnen kocht die Volkswut.

Am nächsten Tag hängt am Kiosk ein Schild mit der Aufschrift des Kiosk-Besitzers: Orthodoxe werden ab jetzt nicht mehr bevorzugt bedient. Empörend – für die auserwählten Weltherrscher: Sie sollen mit den einheimischen Gojim auf gleiche Stufe gestellt werden???

Doch siehe da: Es regt sich Gerechtigkeitssinn:

Erklärung von transatlantischen Beamten zu Gaza

„Es ist unsere Pflicht, uns zu äußern, wenn die Politik unserer Regierungen falsch

ist.“

Veröffentlicht am 2. Februar 2024

Erklärung der Beamten zu Gaza:

Eingedenk dessen:

- haben wir die Pflicht, unsere Verfassungen und die internationalen und nationalen rechtlichen Verpflichtungen, zu denen uns unsere demokratisch gewählten Exekutiven verpflichtet haben, zu respektieren, zu schützen und zu wahren;**
- wird von uns als Beamte erwartet, daß wir bei der Umsetzung von Maßnahmen die Gesetze achten, ihnen dienen und sie einhalten, unabhängig von den an der Macht befindlichen politischen Parteien; daß wir dies während unserer gesamten Laufbahn getan haben;**
- wurden wir eingestellt, um unseren Regierungen/Institutionen zu dienen, sie zu informieren und zu beraten, und wir haben Professionalität, Fachwissen und Erfahrung bewiesen, auf die sich unsere Regierungen in den letzten Jahrzehnten unseres Dienstes verlassen haben;**
- haben wir intern unsere Bedenken**

geäußert, daß die Politik unserer Regierungen/Institutionen nicht unseren Interessen dient, und Alternativen gefordert, die der nationalen und internationalen Sicherheit, der Demokratie und der Freiheit besser dienen, die die Grundprinzipien der westlichen Außenpolitik widerspiegeln und die gewonnenen Erkenntnisse einbeziehen;

- wurden unsere beruflichen Bedenken durch politische und ideologische Erwägungen überstimmt;
- sind wir verpflichtet, alles in unserer Macht Stehende für unsere Länder und uns selbst zu tun, um uns nicht an einer der schlimmsten menschlichen Katastrophen dieses Jahrhunderts mitschuldig zu machen; und
- sind wir verpflichtet, die Öffentlichkeit unserer Länder, der wir dienen, zu warnen und in Abstimmung mit transnationalen Kollegen zu handeln.

Wir bekräftigen öffentlich unsere Besorgnis darüber, daß:

- Israel bei seinen Militäroperationen im Gazastreifen keine Grenzen gezeigt

hat, was zu Zehntausenden von vermeidbaren Todesfällen unter der Zivilbevölkerung geführt hat; und daß die absichtliche Blockierung von Hilfslieferungen durch Israel zu einer humanitären Katastrophe geführt hat, die Tausende von Zivilisten dem Risiko des Verhungerns und eines langsamen Todes aussetzt;

- Israels Militäroperationen nicht zu seinem Ziel beigetragen haben, alle Geiseln freizulassen und gefährden deren Wohlergehen, Leben und Freilassung;**
- Israels Militäroperationen alle wichtigen Erkenntnisse der Terrorismusbekämpfung, die seit dem 11. September 2001 gewonnen wurden, außer Acht gelassen haben; und die Operation hat nicht zu Israels Ziel beigetragen, die Hamas zu besiegen, sondern stattdessen die Anziehungskraft der Hamas, der Hisbollah und anderer negativer Akteure gestärkt;**
- die laufende Militäroperation nicht nur Israels eigener Sicherheit schadet, sondern auch der Stabilität in der Region; das Risiko eines größeren Krieges wirkt sich auch negativ auf die erklärten Sicherheitsziele unserer Regierungen aus;**

- unsere Regierungen die israelische Militäroperation öffentlich, diplomatisch und militärisch unterstützt haben; diese Unterstützung wurde ohne wirkliche Bedingungen oder Rechenschaftspflicht gewährt; und angesichts der humanitären Katastrophe haben unsere Regierungen es versäumt, einen sofortigen Waffenstillstand und ein Ende der Blockade von notwendigen Nahrungsmitteln/Wasser/Medikamenten in Gaza zu fordern;
- die derzeitige Politik unserer Regierungen ihr moralisches Ansehen schwächt und ihre Fähigkeit untergräbt, weltweit für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte einzutreten, und unsere Bemühungen schwächt, internationale Unterstützung für die Ukraine zu gewinnen und bösartigen Aktionen Rußlands, Chinas und des Irans entgegenzuwirken; und
- ein plausibles Risiko besteht, daß die Politik unserer Regierungen zu schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht, zu Kriegsverbrechen und sogar zu ethnischen Säuberungen oder Völkermord beiträgt.

Wir fordern daher unsere Regierungen/Institutionen auf:

der Öffentlichkeit gegenüber nicht länger zu behaupten, daß es eine strategische und vertretbare Begründung für die israelische Operation gibt und daß es im Interesse unserer Länder liegt, sie zu unterstützen;

- Israel, wie alle anderen Akteure, für die Einhaltung internationaler humanitärer und menschenrechtlicher Standards, die anderswo gelten, zur Rechenschaft zu ziehen und auf Angriffe gegen Zivilisten mit Nachdruck zu reagieren, wie wir es bei unserer Unterstützung des ukrainischen Volkes tun; dazu gehört auch die Forderung nach sofortiger und vollständiger Umsetzung der jüngsten Anordnung des Internationalen Gerichtshofs;
- alle verfügbaren Hebel in Bewegung zu setzen – einschließlich der Einstellung der militärischen Unterstützung -, um einen dauerhaften Waffenstillstand und den uneingeschränkten Zugang für humanitäre Hilfe im Gazastreifen sowie die sichere Freilassung aller Geiseln zu gewährleisten; und
- eine Strategie für einen dauerhaften Frieden zu entwickeln, die einen sicheren palästinensischen Staat und Garantien für die Sicherheit Israels

▪

**beinhaltet, damit sich ein Angriff wie
der 7. Oktober und eine Offensive auf
den Gazastreifen nicht wiederholen.**

Koordiniert durch Beamte in:

**Institutionen und Einrichtungen der
Europäischen Union
den Niederlanden
den Vereinigte Staaten**

Unterstützt auch von Beamten in:

Belgien

Dänemark

Finnland

Frankreich

Deutschland

Italien

Spanien

Schweden

Schweiz

Vereinigtes Königreich